



# Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

118 | 28.05.2025

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor zwei Wochen hatten wir die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover zu Gast, die unter dem Motto stand: „Zusammen sind wir Stadt“. Unsere Fraktion war hierbei Gastgeberin für die Delegierten der SPD-Gruppe des Deutschen Städtetages.

Eine interessante Lektüre wünschen



Kerstin Klebe-Politz und Bala Ramani, Fraktionsvorsitzende

---

## „Zusammen sind wir Stadt“: Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover

„Zusammen sind wir Stadt: Für ein neues Miteinander“, lautete das Motto der 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages (DST), die vor zwei Wochen in Hannover stattfand. Sie beschloss die [Hannoversche Erklärung](#), in der verschiedene Forderungen an Bund und Länder vorgetragen werden: Dazu gehören vor allem eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, eine Gesetzgebung, bei der die kommunalen Belange stärker berücksichtigt werden, und eine beschleunigte Digitalisierung. Weiterhin sollen Bund und Länder für mehr Sicherheit vor Ort und Schutz im Krisenfall sowie für eine bessere Integration von Zugewanderten in Gesellschaft und Arbeit sorgen. Die Unterstützung von Stadtentwicklung und die Intensivierung von Wohnungsbau und Verkehrs- sowie Bildungsinfrastruktur.

Eine Stadt für alle.





*Hauptrednerin auf dem SPD-Fraktionsabend: unsere Innenministerin Daniela Behrens – mit Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, der dem Deutschen Städtetag künftig vorstehen wird, dem damaligen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Grant Hendrik Tonne, dem (damals noch designierten) niedersächsischen Ministerpräsidenten Olaf Lies, Braunschweigs OB und Vorsitzenden der Bundes-SGK Thorsten Kornblum und Kiels OB Ulf Kämpfer, Sprecher der SPD-Gruppe beim Deutschen Städtetag (v. r.).*

tur wie auch Bildungsangeboten und einer Absicherung der Gesundheitsversorgung runden das Forderungspaket ab. Am Ende bekennt der Deutsche Städtetag sich zu Respekt, Vielfalt und Gleichstellung sowie zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit.

Im Rahmen der Hauptversammlung war die SPD-Gruppe des Städtetages Gast unserer Fraktion und der Bundes-SGK, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. 300 Delegierte und Gäste nutzten die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Impulse dafür lieferten Daniela Behrens, als Innenministerin zuständig für die Kommunen in Niedersachsen, und Olaf Lies, der eine Woche später zum niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Daniela bekräftigte, dass das Land angesichts der horrenden Herausforderungen, vor denen insbesondere die Städte stehen, den Kommunen bei den Haushaltsgenehmigungen entgegenkommen und ihnen mehr Spielräume

eröffnen werde. Sie sagte den kommunalen Abgeordneten zudem zu, dass das Innenministerium mehr für deren Sicherheit tun und Hass, Hetze und Gewalt gegen Ehrenamtliche stärker entgegentreten werde. – Olaf Lies zeigte sich zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung mehr Rücksicht auf kommunale Belange in den Gesetzgebungsverfahren nehmen werde. Ein Indiz dafür – so der Vorsitzende der Bundes-SGK, Braunschweigs Oberbürgermeister Thorsten Kornblum, zuvor – könnte die Einbeziehung kommunaler Vertreter\*innen in die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD sein, zumindest auf Seiten der SPD. Die 500 Milliarden, die der Bund für die Modernisierung der Infrastruktur beschlossen hatte, würden auch seitens des Landes weitestgehend an die Kommunen weitergegeben werden, erklärte Olaf Lies.



Verabschiedet wurden auf dem SPD-Abend wie auch später im Rahmen der Hauptversammlung Helmut Dedy als Hauptgeschäftsführer

*Helmut Dedy wurde als langjähriger Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages beim Fraktionsabend verabschiedet.*



*Anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde das Neue Rathaus am Hannover-Abend in besonderer Weise illuminiert.*

des DST, der diese Funktion seit 2016 ausgeübt hatte. In den Abschiedsreden wurde daran erinnert, dass Helmut stets ein verlässlicher Ansprechpartner für sozialdemokratische Kommunalpolitik gewesen sei. Das habe sich auch darin gezeigt, dass Helmut in die Verlautbarungen des DST stets auch die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit eingebracht habe.

---

### **Umbau des Hauptbahnhofs: Ratsversammlung fordert Zugang zum Posttunnel**

Im Zuge des bevorstehenden Umbaus von Hannovers Hauptbahnhof wird auch eine zweite Personenquerung am nordwestlichen Ende der Gleise entstehen. Nach dem Willen des Rates soll die Personenquerung nicht als Brücke über die Gleise, sondern durch den sogenannten Posttunnel an der Lister Meile zwischen Ernst-August-Platz und Rundestraße führen. Dadurch würde die Umsteigezeit zwischen den Gleisen kürzer ausfallen als bei einer Querung oberhalb der Gleise und Stromanlagen. Zugleich würde damit der Hauptbahnhof auf dieser Seite direkt an die Stadtmitte angebunden werden, und der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) an der Rundestraße wäre von den Gleisen aus schneller zu erreichen. Schließlich würde der Haupttunnel durch den Bahnhof deutlich entlastet, was vor allem bei einer „Entfluchtung“ des Hauptbahnhofs wichtig wäre.

Seine Forderung hat der Rat in einer [Resolution](#) an die Deutsche Bahn und an das Bundesverkehrsministerium niedergelegt, die am Donnerstag einstimmig beschlossen wurde.

---

### **18. Gymnasium zunächst in Linden**

Vor sieben Jahren hatten wir den [Auftrag](#) erteilt, mit den Planungen für ein 18. Gymnasium in unserer Stadt zu beginnen, und ein Jahr später als [Standort](#) hierfür das Grundstück Am Sandberge in Bemerode festgelegt. Verbunden damit war allerdings eine Verlagerung der dortigen Vereinsheims und der Ausbau der Sportkapazitäten beim TSV Bemerode, wo künftig auch die örtlichen Schützenvereine untergebracht werden sollen. Das hat die Planungen und Vorarbeiten für die Errichtung des 18. Gymnasiums erheblich verzögert.

Verzichten kann Hannover auf dieses zusätzliche Gymnasium nicht, da die Stadt aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen dazu verpflichtet ist, ausreichend Gymnasialplätze anzubieten. Angesichts einer Anwahlquote von mehr als 54 Prozent, für die allein der Elternwille den Ausschlag gibt,

*Göttinger Straße 14 in Linden:  
Hier soll das 18. Gymnasium  
untergebracht werden.  
© punkt-linden.de*



und angesichts dessen, dass an anderen Gymnasien keine zusätzlichen Schulplätze mehr geschaffen werden können, ist der Bau dieser zusätzlichen Schule unabdingbar.

Der Bedarf soll nun zunächst ab dem kommenden Schuljahr auf dem ehemaligen Hanomag-Gelände in Linden befriedigt werden – bis der Neubau in Bemerode in Betrieb gehen kann. Dies soll zum Schuljahr 2030/2031 geschehen. Für Eltern im Südosten Hannovers, die auf ein Gymnasium in ihrer Nähe gesetzt haben, ist dies misslich – auch wenn jedes Gymnasium stadtweit anwählbar ist.

An den Sanierungsplanungen für die Integrierte Gesamtschule Linden ändert sich indes zunächst nichts. So groß der Sanierungsbedarf hier ist, so hat die Stadt die Modernisierung der IGS ohnehin erst ab 2030 vorgesehen. Das Schulgebäude an der Göttinger Straße soll dann also unmittelbar von dem 18. Gymnasium an die IGS übergehen.

Dieser Vorschlag ist heute dem Schul- und Bildungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt worden, der Bezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode hatte dagegen zwar bereits protestiert, wird aber bei Fragen weiterführender Schulen nur angehört.

---

## **Maßnahmenpaket für Spielplätze**

Nach dem Umweltausschuss hat vorgestern nun auch der Jugendhilfeausschuss über unseren [Antrag](#) beraten, ein pädagogisches Spielraumkonzept zu entwickeln. Dieses Konzept soll die Spielplatzsatzung aktuellen Erfordernissen an Spielplätze und Spielparks anpassen und dabei zugleich Fragen der Verschattung und die Bedürfnisse von Kleinkindern berücksichtigen. Für Bolz- und Basketballplätze soll eine mögliche Öffnung für ältere Jahrgänge geprüft werden. Schließlich soll auch die öffentliche Nutzung von Schulhöfen für Sport und Spiel der Allgemeinheit erwogen werden, sofern die betreffenden Schulleitungen dem zustimmen würden.

---

## **Stärkung von Erinnerungskultur und Demokratiebildung**

Erinnerungskultur und Demokratiebildung gewinnen in unserer Zeit an Bedeutung, stehen doch sowohl die Erinnerung insbesondere an die nationalsozialistische Diktatur als auch unser demokratisches Gemeinwesen unter erheblichem Druck – vor allem von Rechtsaußen. Aus diesem Grund soll die Verwaltung nach unserer [Vorstellung](#) prüfen, wie Erinnerungskultur und Demokratiebildung in

*Zentraler Baustein der städtischen Erinnerungskultur und Demokratiebildung:  
das Zeitzentrum Zivilcourage.*

unserer Stadt verstärkt und hierfür lokale Unternehmen zur Unterstützung gewonnen werden können.

Verschiedene große Unternehmen in Hannover, darunter Bahl- sen, Continental und Pelikan, haben sich in den letzten Jahren ihrer Firmengeschichte während der NS-Diktatur gestellt und hierfür umfangreiche Forschungsarbeiten in Auftrag gegeben. Zugleich haben sich die Unternehmensverbände mehrfach zur Vielfalt unserer Stadtgesellschaft und zur Demokratie bekannt – am eindrucklichsten bei der großen Demonstration auf dem Opernplatz im Januar 2024.

Diese Impulse sollen nun nach Möglichkeit auch für die Auseinandersetzung mit Hannovers Geschichte genutzt werden. Wie, in welcher Weise und mit welcher Unterstützung Hannovers Erinnerungskultur und Demokratiebildung – auch mit Hilfe örtlicher Unternehmen – gestärkt werden können, beraten derzeit der Kultur- und der Jugendhilfeausschuss sowie der Schul- und Bildungsausschuss.



## **Im Gespräch mit dem Seniorenbeirat**

Am vergangenen Donnerstag besuchten unsere Fraktionsvorsitzenden Kerstin Klebe-Politze und Bala Ramani sowie unser sozialpolitischer Sprecher Robert Nicholls den Seniorenbeirat der Landeshaupt-

*Unsere Fraktionsvorsitzenden Kerstin Klebe-Politze und Bala Ramani sowie unser sozialpolitischer Sprecher Robert Nicholls (3. v. r.) mit den Mitgliedern des Seniorenbeirats Brigitte Thome-Bode, Klaus Helke, der Vorsitzenden Cornelia Goesmann, Friedo Weh, Walter Deterding und Abayomi Bankole (v. l.).*



stadt Hannover. Einer kurzen Vorstellung folgte ein Gespräch über Wünsche und Verbesserungsvorschläge, die die Mitglieder des Seniorenbeirates vortrugen.

Dabei ging es vor allem um die Themen Digitalisierung, Mobilität, Aufenthaltsqualität in der Innenstadt sowie die Ausstattung und den Ausbau von Quartierszentren. Außerdem äußerten die Mitglieder des Seniorenbeirates den Wunsch, dass bei der Planung neuer Baugebiete Begegnungsstätten in ausreichendem Maße vorgesehen werden.

Der Austausch soll jährlich fortgeführt werden.

---

## Besuch beim Paritätischen

Am 19. März war unsere Sozial-AG beim Paritätischen Wohlfahrtsverband der Region Hannover zu Gast. Dessen Geschäftsführerin Bianka Bradler und Pressesprecherin Sabine Bundrock sowie Henrike Nielsen von der KIBIS (Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich) stellten den Verband vor, der rund 190 Mitglieder aus gemeinnützigen Organisationen umfasst.

Der Paritätische möchte sich neu aufstellen und stärker politisch wirken. Daher soll der Kontakt zu politischen Mandatsinhaber\*innen verstärkt werden. Das Ziel sei es, so Bradler, Bundrock und Nielsen, unter anderen sichtbar zu machen, dass es unzählige Ehrenamtliche gibt, die sich in verschiedenen Initiativen und Vereinen für ein gutes Miteinander einsetzen. Dadurch stärkten sie – neben ihrer Bereitschaft, andere zu unterstützen – auch die Demokratie.

Uns vereint das Ziel, positive Beispiele gelebter Demokratie in Zeiten des schwindenden Vertrauens in die Demokratie herauszustellen, stellten die Mitglieder unserer AG und die Vertreterinnen des Paritätischen fest. Ein Austausch zur Arbeit des Paritätischen der Region Hannover rundete den Besuchstermin ab.



*Henrike Nielsen (2. v.l.)  
und Bianka Bradler  
(M.) mit den Mitglie-  
dern unserer Sozi-  
al-AG: Birgit Merkel,  
Kerstin Klebe-Politze,  
dem Sprecher Robert  
Nicholls, Anja Scholl-  
meyer, unserer sozial-  
politischen Referentin  
Miriam Düsterhöft,  
Andreas Sonnenberg  
und Peter Waldburg  
(v.l.).*

## Aus unserer Geschäftsstelle

Am Brückentag nach Himmelfahrt, am 30. Mai, wird unsere Fraktionsgeschäftsstelle geschlossen bleiben. Wir bitten dafür um Verständnis.

Ab der kommenden Woche werden neue Beschäftigte unser Team in der Geschäftsstelle ergänzen: Übernimmt Cihan Schoppe dann die Betreuung des Umwelt- und des Bauausschusses, so wird Stefan Schreier fortan für den Schul- und Bildungsausschuss sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich sein. Vorstellen werden wir die beiden neuen Fraktionsreferenten in der nächsten Ausgabe von „Fraktion aktuell“.

Bereits zum 16. Mai ist Jarla Gebauer als Sachbearbeiterin zu unserem Team dazugestoßen. Hier stellt sie sich kurz vor: „Ich bin Jarla und studiere Politikwissenschaft an der Leibniz-Universität in Hannover. Ich bin seit dem 16. Mai in der Geschäftsstelle und kümmere seither mich um die Sachbearbeitung und um die Buchhaltung. Ich bin sehr motiviert und freue mich auf die Arbeit mit der Fraktion.“

Verabschiedet haben wir am Dienstag unsere langjährige Fraktionsreferentin Imke Weihmann, die Ende Juni aus unserer Geschäftsstelle ausscheiden wird. Imke hat in den letzten Jahren unsere Arbeitsgruppen im Jugendhilfe- sowie den Schul- und Bildungsausschuss begleitet. Schwerpunkte bildeten hier die Offene Kinder- und Jugendarbeit, der Ausbau des Kita-Angebotes sowie die Begleitung des sogenannten „Roadmap-Prozesses“, mit dem die Jugendarbeit in Hannover insgesamt neu strukturiert werden soll. Im Bildungsbereich widmete sie sich vor allem der Schulentwicklungsplanung und der Entwicklung des schulischen Ganztagsangebotes. Mit ihrer Sachkenntnis war Imke unserer Fraktion eine große Stütze, und wir sagen ihr ganz herzlich Dank für ihre großartige Arbeit. Für ihre Zukunft wünschen wir Imke alles Gute!



*Verabschiedung von Imke Weihmann und Begrüßung von Jarla Gebauer.*

*Eine Stadt für alle.*

### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420; pixabay.com/clker-free-vector-images; SPD-Ratsfraktion  
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

